

Das Wasser-Komplott

Hessens Landesregierung wollte eine Senkung der Preise durchsetzen – aber die Kommunen fanden einen Trick



Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Kommunen und Unternehmen nutzen das gerne aus und kassieren bei uns Verbrauchern ab.

Eine bittere Lehrstunde muss Hessens Landesregierung derzeit hinnehmen: Es ist noch gar nicht so lange her, da hatte sie vollmundig versprochen, die Wasserpreise im Land spürbar und nachhaltig zu senken. Jetzt muss sie hilflos miterleben, wie sie von Kommunalpolitikern ausgetrickt und vorgeführt wird. Ärgerlich: Uns Verbraucher kommt das teuer zu stehen.

■ Von Thomas Ruhmüller

Wiesbaden. Der Wirtschaftsminister zeigte sich in allerfeinster Feierlaune. Das sei „ein guter Tag für die Wasserkunden“, frohlockte Dieter Posch nach einem Urteil des Bundesgerichtshofs. In seinem Wiesbadener Ministerium knallten die Sektorkorken – man habe, tönte der FDP-Mann, einen „großen Sieg für die Verbraucher errungen“, der „Signalwirkung über Hessen hinaus“ haben werde.

Das war vor genau einem Jahr, längst ist Posch wieder auf Selters umgestiegen. Denn sein Bemühen, die Wasserpreise in Hessen auf ein vernünftiges Niveau zu drücken, muss für gescheitert erklärt werden. Schlimmer noch: Mit einem geschickten Schachzug haben die Kommunen dafür gesorgt, dass der Wirtschaftsminister ihnen künftig beim Abkassieren fürs Wasser kaum noch dreinreden kann.

Eines der letzten Monopole

Das war mal ganz anders geplant: 2007 verhängte Hessens Wirtschaftsminister – damals hieß er noch Alois Rhiel, ein CDU-Mann – sogenannte Preissenkungsverfügungen gegen Versorgerunternehmen. Die dem Minister unterstellte Landeskartellbehörde hatte nämlich ausgemacht, was eigentlich hinlänglich bekannt war: Die Wasserpreise im Land variieren extrem – und sind im Vergleich zum Bundesgebiet unerklärlich hoch.

Hintergrund: Die Wasserversorgung ist eines der letzten Monopole Deutschlands. Zwar gibt es mehrere Tausend Versorger, aber faktisch hat der Verbraucher keine Wahl zwischen den verschiedenen Anbietern, wie es bei Strom und Gas der Fall ist. Für hohe Wasserpreise gibt's manchmal durchaus gute Gründe – beispielsweise die Lage einer Stadt, die Entwicklung der Einwohnerzahl oder Investitionen in die Infrastruktur. Aber: Immer wieder wird der Verdacht laut, dass der Mangel an Wettbewerb die Preise nach oben treibt. Effiziente Unternehmen, heißt es, seien eher eine Rarität in der Wasserwirtschaft.

Alois Rhiel schwang sich also auf zum wackeren Ritter wider die dreiste Abzockermentalität, das Rüstzeug lieferten ihm seine Kartellwächter: Die hatten die Preise von 18 „gleichartigen“ Anbietern verglichen und dabei festgestellt, dass acht hessische Wasserversorger, die unter anderem die Städte Frankfurt, Kassel, Gießen und Wetzlar beliefern, übermäßig hohe Wasserpreise kassieren.

Rhiel forderte die Unternehmen auf, ihre Preise zu senken – um bis zu 40 Prozent. Und natürlich sollten sie zu viel kassiertes Geld an die Verbraucher zurückzahlen – in der Summe Millionen. Rhiel damals: „Es ist meine Pflicht als Wirtschaftsminister, die Bürger vor Monopolmissbrauch zu schützen.“

Und gerne setzte er noch einen drauf: „Überhöhte Wasserpreise sind und bleiben unsozial.“

Einige Versorger folgten ihm. Wetzlar aber wurde zum exemplarischen Streitfall. Früher einmal hatte die 51 000-Einwohner-Stadt ihre Wasserversorgung selbst organisiert. Aus Kosten- und Effizienzgründen wurde diese Aufgabe, wie andernorts auch, einem privatrechtlichen Unternehmen übertragen – in Wetzlar der Enwag GmbH, die zu 50,1 Prozent der Stadt gehört und zu 49,9 Prozent der Thüga AG, einem Netzwerk regionaler Energieversorger. Seit 2003 liegt der Enwag-Wasserpreis bei 2,35 Euro pro Kubikmeter. Zum Vergleich: Der Bundesdurchschnitt liegt bei 1,85 Euro.

Um 29 Prozent müsse in Wetzlar der Wasserpreis runtergehen, verfügte das Landeskartellamt. Enwag zog dagegen vor Gericht, verlor jedoch auf ganzer Strecke: Erst gab das Oberlandesgericht den Kartellwächtern Recht, dann auch noch, im Februar 2010, der Bundesgerichtshof. Die höchstrichterliche Begründung, unter anderem: Enwag könne besondere Aufwendungen, die einen höheren Wasserpreis rechtfertigen, nicht nachweisen, außerdem habe das Unternehmen seine Kosten nicht transparent genug aufgeschlüsselt.

Millionen-Rückzahlung

Das war, wie gesagt, vor einem Jahr, es war der erste Prozess deutschlandweit, in dem über die wettbewerbswidrige Gestaltung von Wasserpreisen entschieden wurde. Es war sicher auch ein Triumph verbrauchernaher Politik, eine Sensation, für die sich der inzwischen zuständig gewordene Minister Posch überall beklatschen ließ. In Wetzlar musste der Wasserpreis gesenkt werden, und die Kunden müssen für die letzten Jahre Geld zurückbekommen – inzwischen beläuft sich die Forderung auf rund sieben Millionen Euro. Während Enwag-Boss Wolfgang Schuch jammerte: „Dann muss ich den Gang zum Konkursrichter antreten“, gab sich FDP-Mann Posch volksnah: Eine vierköpfige Familie, rechnete er vor, könne mit 129 Euro Rückerstattung rechnen – pro Jahr.

Doch der Minister hatte seine Rechnung ohne die kommunalen Finanzexperten gemacht. Die hatten längst ein Schlupfloch gefunden, um der ministeriellen Gängelung zu entkommen. Es ging ganz einfach: Zum 1. Januar dieses Jahres wurde die Wasserversorgung in Wetzlar einfach an die Stadt zurückgegeben.

Der Trick dabei: Ist eine privatrechtliche

GmbH für die Wasserversorgung verantwortlich, dann wird fürs Wasser ein Preis verlangt. Ist aber die Stadt zuständig, wird eine Gebühr fällig. Der feine Unterschied: Für die Kontrolle von Gebühren ist nicht das Kartellamt zuständig, sondern die Kommunalaufsicht. Die untersteht in Hessen letztlich dem Innenminister und hat nicht zwingend den Geldbeutel der Verbraucher im Visier, sondern eher die Solidität der kommunalen Finanzen.

„Ausbeutungsmissbrauch“

Noch mal das Beispiel Wetzlar: Der Wasserpreis lag bei 2,35 Euro pro Kubikmeter – von „Ausbeutungsmissbrauch“ sprach das Wirtschaftsministerium, ein Preis von ungefähr 1,50 Euro sei völlig angemessen. Heute ist die Stadtverwaltung zuständig, die Wassergebühr beträgt seit 1. Januar 2011 weiterhin 2,35 Euro – und das Landeskartellamt hat nichts mehr zu melden. Das Innenministerium zeigt sich nicht sonderlich beeindruckt. „Klar ist, dass jeder Preis und jede Gebühr angemessen sein muss“, erklärt Innenminister Boris Rhein, aber eines müsse man auch sehen: „Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Und das hat seinen Preis.“

Die Verbraucherzentrale Hessen hatte es vorausgesehen. Sie äußerte gleich nach dem BGH-Urteil die Sorge, dass die Kommunen ihre Wasserversorgung rekommunalisieren, also aus dem privatrechtlichen Unternehmen herauslösen und an die Stadt zurückgeben könnten – mit der Folge, dass Wasser teuer bleibe.

Genauso ist es nun gekommen. Wetzlar hat den Weg gewiesen; die Stadt Gießen, wo eine Überprüfung der Wasserpreise drohte, folgte schnurstracks: Dort ist seit 1. Januar dieses Jahres nicht mehr die Stadtwerke GmbH zuständig, sondern ebenfalls die Stadtverwaltung.



Alois Rhiel (CDU)



Dieter Posch (FDP)

Mittelmeerunion: Generalsekretär zurückgetreten

Barcelona. Die Mittelmeerunion hat einen herben Rückschlag erlitten. Generalsekretär Ahmed Massade erklärte nach nur einjähriger Amtszeit seinen Rücktritt. Er entschloss sich dazu, weil mehrere Länder – vor allem in Nordeuropa – kaum Interesse an der Mittelmeerunion gezeigt hätten. Zugesagte Mittel seien nicht gezahlt worden. Für das Generalsekretariat hatte der Jordanier ein Budget von 14,5 Millionen Euro beantragt. Er erhielt aber nicht einmal die Hälfte. Dabei war die Union 2008 in Paris mit großem Pomp auf einem Gipfeltreffen aus der Taufe gehoben worden. Frankreichs Staatspräsident Sarkozy hatte die Partnerschaft fast im Alleingang auf die Beine gestellt. *dpa*

IMPRESSUM

Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführung: Hans Homrighausen
Chefredakteur: Rainer M. Geleifer
Stellv. Chefredakteur:
Dr. Hans Liedel und Thomas Ruhmüller
Chef vom Dienst: Peter Schmitt
Die verantwortlichen Redakteure:
Politik: Dr. Dieter Sattler; Blick in die Welt: Pia Rofis;
Hessen: Georg Haupt; Wirtschaft: Michael Balk; Kultur
und Service: Michael Kluger; Sport: Michael
Lennartz
Redaktion und Verlag:
Postanschrift: 60268 Frankfurt am Main; Hausadresse:
Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main;
zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im
Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungs-
berechtigten. Telefonnummern: (0 69) 75 01-0,
Fax: (0 69) 75 01-42 92. E-Mail: redaktion@fnp.de;
Internet: www.fnp.de
Anzeigen:
Jörg Mattiart; Anzeigenverkauf: Zeitungsanzeigen-
gesellschaft, Rhein-Main-Media mbH, Postfach
200221, 60606 Frankfurt am Main, Telefonnummern
(0 69) 75 01-40 00, Telefax: (0 69) 75 01-41 65.
Anzeigenpreise laut Rhein/MainMedia-Anzeigenpreis-
liste Nr. 15, gültig seit 1. Januar 2011; E-Mail-Adresse:
service@rheinmainmedia.de; im Internet unter:
http://www.rheinmainmedia.de
Vertrieb:
Andreas Graubner; Monatsbezugspreis: 28,95 Euro
(einschließlich Zustellerlohn und 7% MwSt.), Postbe-
zug 29,95 Euro (einschließlich Postvertriebsgebühren
und 7% MwSt.). E-Mail: leserservice@fnp.de
Druck:
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessen-
straße 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf, Telefonnum-
mer: (0 61 05) 98 3-0, Telefax: (0 61 05) 983-52 03,
Internet: www.fis-druckerei.de
Bankverbindungen:
Deutsche Bank, Frankfurt am Main (BLZ 500 700 10),
Konto-Nr. 927 228 00; Commerzbank, (BLZ
500 800 00), Konto-Nr. 290 007 500; Frankfurter Spar-
kasse (BLZ 500 502 01) Konto-Nr. 355 054; Frankfur-
ter Volksbank (BLZ 501 900 00), Konto-Nr.
6200013954; Postbank Frankfurt am Main (BLZ
500 100 60), Konto-Nr. 511 346 01
Der Verlag übernimmt keine Haftung für unverlangt
eingesandte Manuskripte, Fotos und Zeichnungen.
Täglich mit „Kultur und Service“
Für die Herstellung dieser Zeitung wird
Recycling-Papier verwendet.

INFO Verbraucherschützer fordern mehr Transparenz

In Hessen gibt es 399 Wasserunternehmen, wovon nur 47 privatrechtlich aufgestellt sind. Letztere nehmen Preise, alle anderen Gebühren – wer warum wie viel zu zahlen hat, das bleibt für die Verbraucher undurchschaubar. Das Wirtschaftsministerium hat eine Liste mit den Preisen der privaten Wasserunternehmen in Hessen zusammengetragen (www.wirt-

schaft.hessen.de). Daraus geht hervor: Am billigsten ist es in Mühlheim – dort zahlt eine vierköpfige Familie für 150 Kubikmeter im Jahr 245,28 Euro. Hingegen werden in Steinbach/Taunus, in Mainz und in Wiesbaden jährlich über 400 Euro fällig. Kritik gegen dieses Tohuwabohu kommt von der Verbraucherzentrale Hessen. Peter Lassek, Referent für Ver-

braucherrecht, sagt: „Es besteht dringender Handlungsbedarf auch im Sinne des Rechtsfriedens und der Rechtssicherheit.“ Die Preisgestaltung müsse transparent werden, es müsse ein einheitlicher Maßstab für Preise und Gebühren geschaffen werden, und natürlich müsse auch eine effiziente Aufsicht her. Die Politik sei gefordert, „eine Reform ist dringend geboten“.

Gottes Brücke zu den Menschen

■ Von Bruder Paulus

Ökumene: Wörtlich bedeutet dieser aus dem Griechischen kommende Begriff „die ganze bewohnte (Erde)“. Zuerst wurde er genutzt, um die sieben Konzile, das sind die großen Ratsversammlungen der damals noch vereinten Christenheit, zu kennzeichnen, die zwischen dem 4. bis 8. Jahrhundert. Heute meint man mit Ökumene die gemeinsamen Gespräche, Gottesdienste, Studien usw. von Christen unterschiedlicher Kirchen



Das ABC des Christentums

und kirchlichen Gemeinschaften. Neuerdings spricht man auch von der Ökumene der Religionen, wenn man den interreligiösen Dialog

oder gemeinsame etwa soziale Aktionen von Vertretern unterschiedlicher Religionen. **Opfer:** In allen Religionen trennen sich Menschen von Liebgewordenem, um es den Göttern oder einem Gott zu schenken: Sie opfern es. So bauen sie eine Brücke zu ihnen oder ihm. Und umgekehrt erhofft man sich, dass die Götter oder Gott über diese Brücke ins eigene Leben hineinsteigen. Der Tod Jesu am Kreuz wird von Christen als der Gipfel aller Opfer gesehen. Da opfert ein Mensch nicht etwas, sondern sich selbst. Und das nicht für sich

selbst, sondern für alle Menschen. Indem Gott diesen Menschen auferweckt, macht er ihn zur menschlichen Brücke zwischen sich und allen Menschen, die nicht mehr abgebrochen werden kann. Katholische und orthodoxe Christen sagen dazu, Jesu Kreuzesopfer sei immerwährend. Man könne in der Eucharistiefeier daran teilnehmen, die bei den Katholiken deswegen auch Messopfer heißt. Sie sagen: Beim Brechen des Brotes vergegenwärtigt der Heilige Geist Jesus in Person, der sich am Kreuz dem Vater geopfert hat für das Leben der Welt.

Hol sie Dir auch – die neue AdlerCard!

Ab Februar 2011 erhältlich: die SparkassenCard im exklusiven Adler-Look. Bequem weltweit bargeldlos bezahlen und attraktive Fan-Preise gewinnen.

Jetzt online reservieren unter www.hol-dir-die-adlercard.de*

Euer Patrick Ochs

Frankfurter Sparkasse 1822

* nur für Inhaber eines Sparkassen-Privatkontos bei der Frankfurter Sparkasse